

Erfassen, Erschließen, Verwalten, Verwenden

Zur Bedeutung der Stasi-Unterlagen-Behörde für die Opfer politischer Verfolgung durch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR

Daniela Vater

Vorwort

Unter dem Titel „Deutsche Erinnerungsorte“ haben die beiden Historiker Etienne François und Hagen Schulze 2009 ein fulminantes dreibändiges Werk zur deutschen Erinnerungskultur herausgegeben. Beide konstatieren, wiewohl die Vergangenheit in Deutschland gewissermaßen als Last empfunden werde, erkenne man gerade bei den Deutschen doch auch eine „ausgeprägte Neigung zum Gedächtnis“. Darin liegt nur scheinbar ein Widerspruch. Denn: Ganz spezifisch wirksam werden hier, so François und Schulze, „erinnerungsgeschichtliche Konsequenzen“ des Nationalsozialismus und der Wiedervereinigung. Geschichte und Gedächtnis seien „zwei vergleichbare – und miteinander konkurrierende – Versuche“, eine Brücke zwischen Vergangenheit und Gegenwart und in die Zukunft zu schlagen. Sie stellten „zwei unterschiedliche, verschränkte und vergleichbare Formen der Einstellung zur Vergangenheit und des Bezugs auf sie dar.“

Unter den weit mehr als 100 Aufsätzen des Werkes gibt es auch einen zur „Stasi“. Wie sehr sich auch an diesem Beispiel die besondere Verbindung von Geschichte und Gedächtnis manifestiert, wurde (einmal mehr) deutlich, als der Deutsche Bundestag im vergangenen Jahr beschloss, dass im Jahr 2021 die Bestände der Stasi-Unterlagen-Behörde in das Bundesarchiv überführt werden. Die Bundestagsdebatte ebenso wie die öffentliche Diskussion zeigten eine mitunter emotional aufgeladene Polarisierung der Positionen zu dieser Neuordnung: Während die einen mit Blick auf Geschichte und Gedächtnis die mutwillige, politisch gewollte „Abwicklung“ und den „Schlusstrich“ unter einen Teil ungeliebter deutscher Geschichte unterstellten, glaubten die anderen in der Integration der Stasiunterlagenbehörde in das Bundesarchiv die Aufwertung der Behörde zu erkennen: Seriöse wissenschaftliche Erforschung und „Aufarbeitung“ der Arbeitsweise des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR sowie die fortwährende Erinnerung an das begangene Unrecht im Rahmen von aktengestützten Bildungsprojekten seien keinesfalls gefährdet.



Daniela Vater

Erfassen, Erschließen, Verwalten, Verwenden

Daniela Vater streift diese Diskussion in ihrer Untersuchung nur am Rande, denn sie interessiert vor allem: Was bedeuten eigentlich die Existenz der Stasi-Unterlagenbehörde und deren Arbeit für die Opfer politischer Verfolgung in der DDR?

Heike Wüller

Witten im Juli 2020

Erfassen, Erschließen, Verwalten, Verwenden

Zur Bedeutung der Stasi-Unterlagen-Behörde für die Opfer politischer Verfolgung durch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR

Inhalt

Die Stasi-Unterlagen-Behörde	6
Das Ministerium für Staatssicherheit	7
Die Methoden des MfS	9
Die Opfer des MfS	11
Die Bedeutung der Stasiunterlagenbehörde für die Opfer	12
Rekonstruktion des Aktenbestandes, Aufbewahrung, Erschließung und Bewertung	12
Die Verwendung von Stasi-Unterlagen am Beispiel: Persönliche Akten-einsicht und Überprüfung von Beschäftigten im öffentlichen Dienst	15
Forschung und Publikationen	18
Unterrichtung der Öffentlichkeit und Bildungsarbeit	19
Ausblick	20
Literatur	21
Internetquellen	22

Daniela Vater

Erfassen, Erschließen, Verwalten, Verwenden

Kontakt

Institut ViWa e.V.

Meesmannstraße 8

58456 Witten

fon 02302 – 27 77 00

www.viwa.nrw

Vorsitz: Prof. Dr. Martina Eckert, Prof. Dr. Heike Wüller

prof.eckert@gmx.de

hwueller@gmx.de

Vor 30 Jahren hörte das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) auf zu existieren. Die Einsicht in seine Akten, deren Sicherung sowie die Aufarbeitung der Praktiken des DDR-Geheimdienstes sollte durch die Einrichtung der Behörde des „Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR“ (BStU)¹ möglich gemacht werden. Mittlerweile hat die Stasi-Unterlagen-Behörde einen Großteil der 111 Akten-kilometer, 1,8 Millionen Fotodokumente, knapp 2.900 Filme und Videos sowie über 23.000 Tondokumente der „Stasi“ eingelagert und inventarisiert. Etwas mehr als 15.000 Säcke zerrissener Akten müssen noch rekonstruiert werden.²

Mit einer Entschließung stimmte der Deutsche Bundestag vor wenigen Monaten, am 26. September 2019, einem gemeinsamen Konzept des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und des Präsidenten des Bundesarchivs³, das den gesetzlichen Auftrag hat, das Archivgut des Bundes zu sichern und nutzbar zu machen, zu.⁴ Die Verantwortung für die Sicherung der Stasi-Unterlagen geht danach zum Ende der Amtszeit des derzeitigen Bundes-beauftragten Roland Jahn, im Sommer 2021, auf das Bundesarchiv über, das die Aktenbestände dann archivgerecht einlagert. Die Existenz der BStU als eigenständige Behörde endet damit.⁵ Außerdem ist intendiert, die Nutzungsmöglichkeiten für die Öffentlichkeit zu verbessern und die Digitalisierung der Akten voranzutreiben.⁶ Das Stasi-Unterlagen-Archiv soll weiterhin am historischen Ort der ehemaligen Stasi-Zentrale – und damit als solches sichtbar - bleiben. Auf dem Gelände wird ein Archivzentrum zur SED-Diktatur eingerichtet, in dem neben den Stasi-Unterlagen auch die DDR-Archivbestände des Bundesarchivs untergebracht werden sollen.⁷ Derzeit sind in 12 Außenstellen die Akten-Bestände der ehemaligen Bezirksverwaltungen des MfS eingelagert. Künftig soll die Zahl auf fünf Archivstandorte (einer in jedem ‚neuen‘ Bundesland) reduziert werden.⁸

Daniela Vater arbeitet seit 2010 als Verwaltungswirtin für die Stadt Aachen. Derzeit studiert sie im Rahmen des Aufstiegs in den Gehobenen Dienst an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW

1 Im Folgenden wird für die Behörde des „Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“ die Abkürzung BStU verwendet.

2 Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, Überführung der Stasi-Akten ins Bundesarchiv, URL: <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/300458/stasi-unterlagen-behoerde> (zuletzt abgerufen am 20.03.2020).

3 Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik; Das Bundesarchiv: Die Zukunft der Stasi-Unterlagen. Konzept des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik und des Bundesarchivs für die dauerhafte Sicherung der Stasi-Unterlagen durch Überführung des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv. Berlin 13. März 2019, URL: https://www.bundesarchiv.de/DE/Content/Downloads/Meldungen/konzept-zukunft-bstu.pdf?__blob=publicationFile (zuletzt abgerufen am 01.03.2020) (künftig: Jahn/Hollmann, Die Zukunft der Stasi-Unterlagen).

4 Vgl. Bundesarchiv, Überführung des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv, URL: <https://www.bundesarchiv.de/DE/Content/Pressemitteilungen/ueberfuehrung-stasi-unterlagen.html> (zuletzt abgerufen am 07.03.2020).

5 Vgl. ebd.; Deutscher Bundestag, Dokumente, <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2019/kw39-de-stasi-unterlagen-657380> (zuletzt abgerufen am 07.03.2020).

6 Vgl. BStU, 14. Tätigkeitsbericht, S. 7, URL: https://www.bstu.de/assets/bstu/de/Downloads/bstu_14-taetigkeitsbericht_2019.pdf (zuletzt abgerufen am 03.03.2020).

7 Vgl. Jahn/Hollmann, Die Zukunft der Stasi-Unterlagen, S. 9, URL: https://www.bstu.de/assets/bstu/de/Downloads/bstu-in-zukunft_zukunft-stasi-unterlagen.pdf (zuletzt abgerufen am 01.03.2020).

8 Vgl. ebd.

Roland Jahn vertritt die Auffassung, mit diesem Schritt nach wie vor die wichtige Aufgabe, „den Opfern der SED-Diktatur gerecht (zu) werden“⁹ erfüllen zu können, im Konzept des Bundesbeauftragten und des Präsidenten des Bundesarchivs wird formuliert: „Als Teil des Bundesarchivs werden die Stasi-Unterlagen noch stärker als bisher eingebunden in die Strukturen zur Bewahrung des schriftlichen Kulturerbes unserer Nation und können eingebettet in den Überlieferungskontext der gesamten DDR-Geschichte noch besser einen dauerhaften Beitrag zur gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur leisten.“¹⁰ Und der Bundestag betont: „Mit der vom Bundestag angenommenen EntschlieÙung wird die Rettung und Sicherung der Akten des Staatssicherheitsdienstes der DDR als große Errungenschaft der friedlichen Revolution anerkannt. Das vorgelegte Konzept für den dauerhaften Erhalt der Stasi-Unterlagen wird ausdrücklich begrüÙt. Über den Erhalt hinaus steh[t] dabei ein verbesserter Aktenzugang für die Opfer und alle weiteren Nutzerinnen und Nutzer im Vordergrund. Die Integration der Stasi-Akten in das Bundesarchiv biete[t] die Chance, das Thema im Rahmen einer gesamtdeutschen Aufgabe in ganz Deutschland zu stärken.“¹¹ Unter anderem die „Union der Opferverbände kommunistischer Gewalt-herrschaft“ und frühere DDR-Bürgerrechtler aber befürchten, dass die Auflösung der BStU als eigenständige Behörde ein Signal für das Ende der historischen Aufarbeitung des DDR-Unrechts sei.¹² Die Debatte kreist implizit und explizit immer auch um zwei Fragen, die im Folgenden genauer betrachtet werden sollen: Welche Bedeutung hat die Stasi-Unterlagen-Behörde für die Opfer politischer Verfolgung, welche Auswirkungen könnten sich aus der Überführung der Stasi-Unterlagen in das Bundesarchiv und der damit einher-gehenden Auflösung der BStU als eigenständige Behörde ergeben?

Die Stasi-Unterlagen-Behörde

Die öffentliche Forderung nach Zugang zu den Akten als Ergebnis der sogenannten Friedlichen Revolution bewirkte, dass der Umgang mit den Stasi-Unterlagen per Zusatzvereinbarung im Einigungsvertrag geregelt wurde. Am Tag der Wiedervereinigung, dem 3. Oktober 1990, wurde Joachim Gauck zum „Sonderbeauftragten der Bundesregierung für die personenbezogenen Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes“ ernannt. Er begann seine Arbeit mit 52 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.¹³ Am 29. Dezember 1991 trat das Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) in Kraft, welches gemäß § 1 bis heute die Erfassung, Erschließung, Verwaltung und Verwendung der Unterlagen des MfS

9 Vgl. BStU, 14. Tätigkeitsbericht, S. 7, URL: https://www.bstu.de/assets/bstu/de/Downloads/bstu_14-taetigkeitsbericht_2019.pdf (zuletzt abgerufen am 03.03.2020).

10 Jahn/Hollmann, Die Zukunft der Stasi-Unterlagen, S. 2, URL: https://www.bstu.de/assets/bstu/de/Downloads/bstu-in-zukunft_zukunft-stasi-unterlagen.pdf (zuletzt abgerufen am 01.03.2020).

11 Deutscher Bundestag, Dokumente: Stasi-Überprüfungen werden bis Ende 2030 möglich, URL: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2019/kw39-de-stasi-unterlagen-657380> (zuletzt abgerufen am 03.03.2020).

12 Vgl. Deutscher Bundestag, Streit über die Zukunft der Stasi-Akten, URL: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2016/kw17-pa-kultur-419648> (zuletzt abgerufen am 03.04.2020).

13 Vgl. BStU, Geschichte des Stasi-Unterlagen-Archivs – Die Entstehung, URL: <https://www.bstu.de/ueber-uns/geschichte-des-stasi-unterlagen-archivs/#c21365> (zuletzt abgerufen am 04.03.2020).

regelt und somit die Aufarbeitung auf persönlicher, historischer, politischer und juristischer Ebene gewährleistet. Joachim Gauck wurde vom Sonderbeauftragten zum ersten Bundesbeauftragten. Am 2. Januar 1992 konnten Betroffene zum ersten Mal Einblick in ihre Akten nehmen.¹⁴ Mitte der 1990er Jahre beschäftigte die BStU 3.200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihrem Hauptsitz in Berlin sowie in 13 Außenstellen. Im Oktober 2000 wurde Marianne Birthler die Nachfolgerin von Joachim Gauck, im März 2011 löste sie der jetzige Bundesbeauftragte Roland Jahn ab. Ende 2019 beschäftigte die BStU noch 1.354 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Hauptstandort und in 12 Außenstellen.¹⁵

Das Ministerium für Staatssicherheit

Am 7. Oktober 1949 war die Deutsche Demokratische Republik (DDR) gegründet worden. 40 Jahre lang wurde sie von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) regiert, ohne dass diese jemals von den ca. 17 Millionen Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen von freien, demokratischen Wahlen legitimiert worden wäre. Ihre Macht konnte die SED nur durch einen massiven Partei- und Sicherheitsapparat aufrechterhalten, dessen wichtiger Eckpfeiler das MfS war.¹⁶

Das MfS wurde am 8. Februar 1950 gegründet und unter direkter Anleitung des sowjetischen Geheimdienstes aufgebaut. Erich Mielke übernahm als Vertrauter des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der SED und Stellvertretenden Vorsitzenden im Ministerrat der DDR Walter Ulbricht im Jahre 1957 die Leitung. Er sollte sie bis zum Schluss behalten.¹⁷ Das MfS war ein Herrschaftsinstrument der SED. Es verstand sich als „Schild und Schwert der Partei“.¹⁸ Damit ist metaphorisch umschrieben, dass es sich beim MfS um eine militärisch durchstrukturierte Organisation zum Schutz der staatstragenden SED handelte.¹⁹ Es war Geheimpolizei, Ermittlungsbehörde und Auslandsnachrichtendienst zugleich.²⁰ Die Aufgabenfelder des MfS wurden im Laufe der Zeit immer weiter ausgedehnt, wodurch auch die Anzahl der Mitarbeiter kontinuierlich stieg.

Die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bildeten die personelle Basis des MfS. Sie verstanden sich - angelehnt an die „Tscheka“, die erste Geheimpolizei in der Russischen Revolution, - als Elite zum Schutz der

¹⁴ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, Überführung der Stasi-Akten ins Bundesarchiv, URL: <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/300458/stasi-unterlagen-behoerde> (zuletzt aufgerufen am 20.03.2020).

¹⁵ Vgl. BStU, Geschichte des Stasi-Unterlagen-Archivs – Die Entstehung, URL: <https://www.bstu.de/ueber-uns/geschichte-des-stasi-unterlagen-archivs/#c21365> (zuletzt abgerufen am 04.03.2020).

¹⁶ Vgl. BStU, Was war die Stasi? – Die Funktion, URL: <https://www.bstu.de/informationen-zur-stasi/themen/was-war-die-stasi/> (zuletzt abgerufen am 24.03.2020).

¹⁷ Vgl. Gieseke, MfS-Lexikon - Mielke, Erich, URL: <https://www.bstu.de/mfs-lexikon/detail/mielke-erich/> (zuletzt abgerufen am 04.04.2020).

¹⁸ Vgl. Engelmann/Süß, MfS-Lexikon - Verhältnis des MfS zur SED, URL: <https://www.bstu.de/mfs-lexikon/detail/sed-verhaeltnis-des-mfs-zur/> (zuletzt abgerufen am 04.03.2020).

¹⁹ Vgl. Krähnke et al. in: Matthäus/Kubiak, Der Osten – Neue sozialwissenschaftliche Perspektiven auf einen komplexen Gegenstand jenseits von Verurteilung und Verklärung, S. 89.

²⁰ Vgl. BStU, Was war die Stasi? – Die Funktion, URL: <https://www.bstu.de/informationen-zur-stasi/themen/was-war-die-stasi/> (zuletzt abgerufen am 24.03.2020).

herrschenden kommunistischen Partei.²¹ Bis zum Jahr 1989 arbeiteten ca. 91.000 Personen hauptamtlich für das MfS. Die Anwerbung des Personals ging immer vom MfS aus, Initiativbewerbungen galten als verdächtig. Zu den Qualifizierungsmerkmalen der Bewerberinnen und Bewerber gehörten unbedingte politische Linientreue und die Bereitschaft zur Abschottung nach geheimdienstlichen Vorschriften.²² Die Rekrutierung erfolgte unter anderem über einen sogenannten Perspektivkader, der aus „Inoffiziellen Mitarbeitern“ (IM) oder „Gesellschaftlichen Mitarbeitern für Sicherheit“ (GMS) bestand, die sich in der Regel über drei, mindestens aber über zwei Jahre als zuverlässige heimliche Zuträger bewährt hatten.²³ Außerdem wurde auch auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des MfS großer Druck ausgeübt, bei der Anwerbung von Freiwilligen mitzuhelfen.²⁴ Die Suche sollte im gesellschaftlichen und im persönlichen Umfeld, also auch im Bereich der Familienangehörigen der Mitarbeiter, erfolgen, wodurch sich ganze Familiendynastien innerhalb des MfS entwickelten.²⁵ Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhielten eine überdurchschnittliche Bezahlung und zahlreiche Privilegien, waren aber auch ständigem Druck und dauerhafter Überwachung ausgesetzt.²⁶

Inoffizielle Mitarbeiter (IM) waren Menschen, die sich in der Regel schriftlich, aber auch mündlich dazu verpflichteten, verdeckt mit dem MfS zusammenzuarbeiten. Sie bespitzelten die Bevölkerung, um Informationen über die Stimmung im Volk zu erhalten und „staatsfeindliche Bestrebungen“ auszumachen. Sie berichteten dem MfS aus allen Bereichen der Gesellschaft, wie zum Beispiel Betrieben, Universitäten oder der eigenen Familie, ohne dass ihre Mitmenschen hierüber Bescheid wussten. Häufig wurden IM in oppositionelle Kreise eingeschleust und lieferten intimste Informationen über Kollegen und Freunde. Die Motive für die Übernahme einer solchen Tätigkeit reichten von politischer Überzeugung und Pflichtgefühl über den Wunsch nach Anerkennung und Hoffnung auf materielle Vorteile bis hin zu Angst vor Repressalien. Bis zum Herbst 1989 waren ca. 180.000 IM für das MfS tätig.²⁷

Im September und Oktober 1989 gingen immer mehr DDR-Bürger auf die Straße, um gegen die SED-Herrschaft zu protestieren. Sie wurden so zum Symbol der sogenannten Friedlichen Revolution. Das MfS wartete vergeblich auf Anweisungen der Partei zur Niederschlagung der Proteste. Die Verunsicherung wuchs, als die Demonstrationenzüge in vielen Städten auch die MfS-Kreisdienststellen und –Bezirksverwaltungen miteinbezogen, sodass Erich Mielke kurz vor Mauereröffnung im November 1989 einen ersten Befehl zur Vernichtung von Stasi-Unterlagen erteilte. Am 4. Dezember 1989 wurden die Dienststellen des MfS schließlich durch Bürgerinnen und Bürger der DDR

21 Vgl. BStU, Was war die Stasi? – Die Hauptamtlichen Mitarbeiter, URL: <https://www.bstu.de/informationen-zur-stasi/themen/was-war-die-stasi/> (zuletzt abgerufen am 24.03.2020).

22 Vgl. ebd.

23 Vgl. Budde, Rekrutierung für die Staatssicherheit der DDR, VR 6/2018, S. 196.

24 Vgl. ebd., S. 197.

25 Vgl. ebd.

26 Vgl. BStU, Was war die Stasi? – Die Hauptamtlichen Mitarbeiter, URL: <https://www.bstu.de/informationen-zur-stasi/themen/was-war-die-stasi/> (zuletzt abgerufen am 24.03.2020).

27 Vgl. BStU, Was war die Stasi? – Das Ende, URL: <https://www.bstu.de/informationen-zur-stasi/themen/was-war-die-stasi/> (zuletzt abgerufen am 24.03.2020).

besetzt, um die vom Minister für Staatssicherheit angeordneten Vernichtungsaktionen zu stoppen. Am 13. Januar 1990 beschloss die mittlerweile installierte Übergangsregierung der DDR, das MfS aufzulösen. Mit der Besetzung der letzten Dienststelle, der MfS-Zentrale, am 15. Januar 1990 sollten die Stasi-Mitarbeiter symbolträchtig an der Vernichtung weiterer Akten gehindert werden. Schnell wurde danach die Forderung laut, die Stasi-Dokumente der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.²⁸

Die Methoden des MfS

Schätzungen des Bundesministeriums für Justiz zufolge waren zwischen 1949 bis 1989 ca. 200.000 Menschen in der DDR aus politischen Gründen inhaftiert.²⁹ Politische Verurteilungen erfolgten vorrangig auf der Grundlage bestimmter Paragraphen des Strafgesetzbuches der DDR, welche jedoch sehr weit ausgelegt werden konnten, um die Kriminalisierung missliebiger Personen zu ermöglichen.³⁰ Die Verhaftung wurde häufig vollkommen überraschend für die Betroffenen durch Mitarbeiter des MfS vollzogen. Die Festgenommenen wurden in der Regel in Untersuchungshaftanstalten untergebracht, die ebenfalls dem MfS unterstanden. Nur wenige der Inhaftierten erhielten einen Rechtsbeistand. Ihr Kontakt zur Außenwelt wurde unterbunden oder stark eingeschränkt. Nach der Verurteilung wurden sie in Strafvollzugsanstalten überführt. Die ersten Jahre bis 1953 waren aufgrund von Überbelegung von sehr extremen Haftbedingungen geprägt, die häufig zu Unterernährung, zu Erkrankungen und zum Tod führten.³¹ In den 1950er Jahren wurde die Arbeitspflicht eingeführt mit teilweise widrigen Arbeitsbedingungen. Zu den körperlichen Misshandlungen in diesem Zeitraum zählten z. B. Schläge, Schlafentzug und Zwang zu schmerzhaften Körperhaltungen.³²

Im Jahr 1971 wurde die Gewaltanwendung durch Strafvollzugsbeamte verboten. 1975 verpflichtete sich die DDR außerdem mit Unterzeichnung der Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki zur Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.³³ Somit

28 Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, Überführung der Stasi-Akten ins Bundesarchiv, URL: <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/300458/stasi-unterlagen-behoerde> (zuletzt abgerufen am 20.03.2020).

29 Vgl. Deutscher Bundestag - Wissenschaftliche Dienste, Zusammenhang von Haftumständen bei politischen Gefangenen in der DDR und Posttraumatischer Belastungsstörung (PTBS), S. 4, URL: <https://www.bundestag.de/resource/blob/412144/bd030aaa4d8d5a98f91a312cc2301d5a/WD-9-116-12-pdf-data.pdf>, Download v. 20.02.2020).

30 Vgl. Weißflog/Klinitzke/Böhm, Politische Haft in der ehemaligen DDR und ihre gesundheitlichen Folgen, S. 47, URL: https://www.researchgate.net/publication/269398898_Politische_Haft_in_der_ehemaligen_DDR_und_ihre_gesundheitlichen_Folgen (zuletzt abgerufen am vom 05.03.2020).

31 Vgl. Weißflog/Klinitzke/Böhm, Politische Haft i. d. ehem. DDR und ihre gesundheitlichen Folgen, S. 48, URL https://www.researchgate.net/publication/269398898_Politische_Haft_in_der_ehemaligen_DDR_und_ihre_gesundheitlichen_Folgen (zuletzt abgerufen am vom 05.03.2020).

32 Vgl. ebd., S. 49.

33 Vgl. Deutscher Bundestag - Wissenschaftliche Dienste, Zusammenhang von Haftumständen bei politischen Gefangenen in der DDR und Posttraumatischer Belastungsstörung (PTBS), S. 4, URL: <https://www.bundestag.de/resource/blob/412144/bd030aaa4d8d5a98f91a312cc2301d5a/WD-9-116-12-pdf-data.pdf> (zuletzt abgerufen am 20.02.2020).

veränderten sich die Haftbedingungen weg von körperlicher Gewalt hin zu psychischen und somit subtileren Misshandlungs- und Foltermethoden.³⁴ Diese waren unter anderem Isolation, das Erzeugen von Unsicherheit und Desorientierung, das Schüren von Misstrauen, Demütigungen, Drohungen und Erpressungen. Die Häftlinge waren zu jeder Zeit der Willkür des Gefängnispersonals ausgesetzt.³⁵

Im Januar 1976 wurde die Richtlinie 1/76 zur Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge erlassen.³⁶ Durch sie wurde die sogenannte Zersetzung als Methode der verdeckten Bekämpfung von Personen und Gruppen im MfS eingeführt. Sie basierte auf Konzepten der „Operativen Psychologie“. Dabei wurde auf wissenschaftliche Methoden der Allgemeinen, Sozial- und Klinischen Psychologie zurückgegriffen, die gezielt zweckentfremdet wurden.³⁷ „Zersetzungsmaßnahmen [konnten] als relativ selbstständige Art des Abschlusses Operativer Vorgänge oder im Zusammenhang mit anderen Abschlussarten angewandt werden.“³⁸ Zersetzung fand daher sowohl in den Haftanstalten, als auch außerhalb der Haftanstalten statt.³⁹ Maßnahmen gegen einzelne Personen waren beispielsweise die „systematische Diskreditierung des öffentlichen Rufes, des Ansehens und des Prestiges auf der Grundlage wahrer, überprüfbarer diskreditierender Angaben“ oder die „systematische Organisierung beruflicher und gesellschaftlicher Misserfolge zur Untergrabung des Selbstvertrauens“.⁴⁰ Die Maßnahmen waren immer individuell auf die Persönlichkeitsstruktur einer Zielperson ausgerichtet. Um diese zu verunsichern, wurde z. B. mehrmals heimlich in die Wohnung eingebrochen und es wurden dort Gegenstände entfernt oder umgestellt, mit dem Ziel, dass der Betroffene an seinem Verstand zweifeln sollte. Außerdem wurden Wohnungen verwandt und Telefonate abgehört. Auch die Zerstörung privater und familiärer Beziehungen konnte eine Maßnahme darstellen. So wurden beispielsweise Gerüchte über angebliche außereheliche Beziehungen gestreut, wodurch Misstrauen geschürt werden sollte.⁴¹ Auch innerhalb von sozialen Gruppen versuchte das MfS, Misstrauen, Neid, Rivalität und gegenseitige Verdächtigungen zu erzeugen und Betroffene

34 Vgl. Weißflog/Klinitzke/Böhm, Politische Haft in der ehemaligen DDR und ihre gesundheitlichen Folgen, S. 49, URL: https://www.researchgate.net/publication/269398898_Politische_Haft_in_der_ehemaligen_DDR_und_ihre_gesundheitlichen_Folgen (zuletzt abgerufen vom 05.03.2020).

35 Vgl. ebd.

36 Vgl. Engelmann/Joestel, Grundsatzdokumente des MfS (MfS-Handbuch), S. 245, URL: <http://www.nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0292-97839421303180> (zuletzt abgerufen am 20.03.2020).

37 Vgl. Trobisch-Lütge, Psychofolgen bis heute: „Zersetzungs“-Opfer der DDR-Geheimpolizei, URL: <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/stasi/218417/psychofolgen-bis-heute> (zuletzt abgerufen am 04.04.2020).

38 Engelmann/Joestel, Grundsatzdokumente des MfS (MfS-Handbuch), S. 286, URL: <http://www.nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0292-97839421303180> (zuletzt abgerufen am 20.03.2020).

39 Vgl. Trobisch-Lütge, Das späte Gift – Folgen politischer Traumatisierung in der DDR und ihre Behandlung, S. 45.

40 Vgl. Auerbach/Kowalczuk, MfS-Lexikon – Zersetzung, URL: <https://www.bstu.de/mfs-lexikon/detail/zersetzung/> (zuletzt abgerufen am 04.04.2020).

41 Vgl. Trobisch-Lütge, Psychofolgen bis heute: „Zersetzungs“-Opfer der DDR-Geheimpolizei, URL: <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/stasi/218417/psychofolgen-bis-heute> (zuletzt abgerufen am 04.04.2020).

etwa durch Berufsverbote, Wehrdienstberufung oder Zwangsausbürgerungen zu paralysieren.⁴²

Die Opfer des MfS

Der Gegner der SED war der sogenannte Klassenfeind (der Feind der Arbeiterklasse), der Feind aus dem Westen, der versucht, sein eigenes Herrschaftssystem zu legitimieren und zu stabilisieren. Dieser Feind musste „unschädlich gemacht“, isoliert und „liquidiert“ werden. Neben dem äußeren Feind, der BRD, fühlte die SED sich aber auch vom inneren Feind, der eigenen Bevölkerung, bedroht. Diese musste daher eingeschüchtert und ruhiggestellt und notfalls mit staatlicher Gewalt bekämpft werden.⁴³ „Nach dem Mauerbau waren die Verfolgungsgründe versuchte Republikflucht, Spionagetätigkeit, Herabwürdigung des Staates, Aufbau und Unterstützung staatsfeindlicher Organisationen oder „Asozialität“, meist wegen „Arbeitsverweigerung“.“⁴⁴ Die hiervon Betroffenen lassen sich demnach in drei Hauptgruppen unterteilen:

1. Menschen mit politisch motiviertem Widerstandsverhalten, wie z. B. Bürgerrechtler und Oppositionelle;
2. Menschen, die zufällig und ohne politische Absichten ins Visier des MfS gerieten, weil sie beispielsweise einen Ausreiseantrag gestellt oder versucht hatten zu flüchten oder lediglich einem für das MfS verdächtigen Hobby (z. B. Amateurfunken) nachgegangen waren;
3. Menschen mit psychischer Vorschädigung, denen aufgrund bestimmter Verhaltensweisen, „Asozialität“ oder „staatsfeindliche Hetze“ vorgeworfen wurde.⁴⁵

Die Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages definiert Opfer im Zusammenhang mit der DDR als Personen, die diktatorischer Willkür ausgesetzt waren und denen hierdurch ein Schaden an den Rechtsgütern Leben, Körper und Gesundheit, Freiheit und Menschenwürde, Eigentum oder beruflichem Fortkommen entstanden ist.⁴⁶ Neben Depressionen und unterschiedlichen Angst-Störungen wurde auch die Posttraumatische Belastungsstörung (PTBS) als eine häufige Folge der DDR-Haft nach-gewiesen.⁴⁷ Laut der sogenannten

42 Vgl. Auerbach/Kowalczyk, MfS-Lexikon – Zersetzung, URL: <https://www.bstu.de/mfs-lexikon/detail/zersetzung/> (zuletzt abgerufen am 04.04.2020).

43 Wollé, Das Feindbild der Stasi, URL: <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/stasi/222243/feindbild> (zuletzt abgerufen am 04.04.2020).

44 Trobisch-Lütge, Das späte Gift– Folgen politischer Traumatisierung in der DDR und ihre Behandlung, S. 45.

45 Vgl. Bomberg/Trobisch-Lütge, Verborgene Wunden, S. 35.

46 Vgl. Deutscher Bundestag, Bericht der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, S. 229, URL: <https://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/12/078/1207820.pdf> (zuletzt abgerufen am 20.03.2020).

47 Vgl. Deutscher Bundestag - Wissenschaftliche Dienste, Zusammenhang von Haftumständen bei politischen Gefangenen in der DDR und Posttraumatischer Belastungsstörung (PTBS), S. 4, URL: <https://www.bundestag.de/resource/blob/412144/bd030aaa4d8d5a98f91a312cc2301d5a/WD-9-116-12-pdf-data.pdf> (zuletzt abgerufen am 20.02.2020).

Dresdner Studie aus dem Jahr 1995 und der Folgestudie aus dem Jahr 2008⁴⁸ entwickeln ca. 71 Prozent der ehemals politisch Inhaftierten im Laufe ihres Lebens das Vollbild einer PTBS, was bei 33 Prozent auch Jahrzehnte später noch akut ist. Typische Symptome, die unmittelbar oder auch mit mehrjähriger Verzögerung nach einem traumatischen Geschehen auftreten können, sind sich aufdrängende, belastende Gedanken und Erinnerungen an das Trauma, Schlafstörungen, Schreckhaftigkeit, Wutausbrüche und Konzentrationsstörungen.⁴⁹ Auch die Opfer von „Zersetzungsmaßnahmen“ außerhalb der Haft können von schweren psychischen Schädigungen betroffen sein.⁵⁰

Die Bedeutung der Stasiunterlagenbehörde für die Opfer

Welche Aufgaben sich für die BStU im Einzelnen aus der „Aufarbeitung“ ergeben, ist im § 37 StUG geregelt. Hier sind folgende Tätigkeitsbereiche erkennbar, die aus Sicht der Verfasserin besonders relevant für die Opfer des MfS sind:

Rekonstruktion des Aktenbestandes, Aufbewahrung, Erschließung und Bewertung

Während der Friedlichen Revolution wurden zahlreiche Unterlagen des MfS von dessen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vernichtet. Die Unterlagen wurden geschreddert, mit Wasser versetzt oder verbrannt. Die Menge an vernichtetem Material kann bis heute nicht genau beziffert werden. Daneben wurden zahlreiche Dokumente per Hand zerrissen und in Säcke verstaut.⁵¹ Dieses Material umfasst ca. 16.000 Säcke und ist noch verwertbar. Die zerrissenen Dokumente sind Bestandteil der Akten, die die BStU sichern und zur Nutzung bereitstellen soll. Hierfür ist die Rekonstruktion dieser Unterlagen notwendig. Diese erfolgt auch heute, nach 30 Jahren, noch manuell.⁵² Aufgrund von

48 1995 wurden in einer Studie der Technischen Universität Dresden das Ausmaß der psychischen Folgen politischer Haft in der DDR und die Folgestörungen der Traumatisierungen erfasst, 2008 sind die Teilnehmer/innen der Studie erneut aufgesucht und zu ihren persönlichen Entwicklungen befragt worden. Vgl. Gäbler, Ira /Maercker, Andreas/ Schützwohl, Matthias: Langzeitfolgen politischer Inhaftierungen in der DDR – eine Folgestudie zur Dresdner Untersuchung, Univ., Abt. Psychopathologie und Klinische Intervention, Dresden, 2010, abrufbar unter: https://aufarbeitung.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/Stasi-Unterlagen/LStU_PDF/Langzeitfolgen_Broschuere_Druckversion.pdf (zuletzt abgerufen am 05.04.2020).

49 Vgl. Deutscher Bundestag - Wissenschaftliche Dienste, Zusammenhang von Haftumständen bei politischen Gefangenen in der DDR und Posttraumatischer Belastungsstörung (PTBS), S. 5, URL: <https://www.bundestag.de/resource/blob/412144/bd030aaa4d8d5a98f91a312cc2301d5a/WD-9-116-12-pdf-data.pdf> (zuletzt abgerufen am 20.02.2020).

50 Vgl. Trobisch-Lütge, Das späte Gift – Folgen politischer Traumatisierung in der DDR und ihre Behandlung, S. 31.

51 Vgl. BStU, Rekonstruktion zerrissener Stasi-Unterlagen – Ursprung der Rekonstruktion, URL: <https://www.bstu.de/archiv/rekonstruktion/#c2375> (zuletzt abgerufen am 04.04.2020).

52 Vgl. BStU, 14. Tätigkeitsbericht, S. 28, URL: https://www.bstu.de/assets/bstu/de/Downloads/bstu_14-taetigkeitsbericht_2019.pdf (zuletzt abgerufen am 03.03.2020).

technischen Problemen ruht eine bereits seit 2007 angestrebte virtuelle Rekonstruktion.⁵³

Die Rekonstruktion der Akten spielt für die Opfer des MfS eine wichtige Rolle, da die zerrissenen Akten möglicherweise Informationen enthalten, die Betroffene zur Aufarbeitung und Aufklärung ihrer persönlichen Vergangenheit benötigen. Allerdings wurden in den letzten 30 Jahren bisher nur 523 der 16.000 Säcke rekonstruiert.⁵⁴ Wenn in der Zukunft keine fortschrittlichere Verfahrensweise zur Rekonstruktion der Akten entwickelt wird, wird die komplette Rekonstruktion der 16.000 Säcke erst in ca. 900 Jahren abgeschlossen sein.⁵⁵ Das kann nicht befriedigen. Für die Opfer ebenfalls enttäuschend und schlimmer noch: belastend ist die Tatsache, dass für ihre persönliche Geschichte relevante Akten von der Vernichtung in der Wendezeit betroffen sein könnten. Eine Untersuchung zu den Verlusten 1989/90 der BStU hat ergeben, dass es sich bei den Aktenverlusten im Rahmen der Vernichtung unter anderem auch um Akten über Inoffizielle Mitarbeiter und Operative Vorgänge sowie Strafverfahrensakten handelt.⁵⁶ Somit besteht für die Opfer, die sich aus der Rekonstruktion noch Antworten erhoffen, wenig Hoffnung, diese noch zu Lebzeiten - wenn überhaupt - zu erhalten. Folglich ist die zügige Rekonstruktion der Akten für die Aufklärung persönlicher Schicksale für die Opfer sicherlich sehr bedeutsam, aber aufgrund der bisherigen defizitären Umsetzung kommt diesem Tätigkeitsfeld der BStU letztlich nur eine geringe Bedeutung zu. Die Rekonstruktion soll zukünftig auch im Bundesarchiv im manuellen Verfahren fortgeführt werden. Daneben wird aber auch eine virtuelle Rekonstruktion durch Nutzung der vom Fraunhofer Institut entwickelten Scan- und Puzzle-Technologie in Aussicht gestellt.⁵⁷ Sollte diese Verfahrensweise tatsächlich erfolgreich umgesetzt werden, wäre das für die Opfer eine positive Entwicklung.

Sämtliche Unterlagen des MfS befinden sich zur Zeit in den Archiven in der Berliner Zentrale sowie in den 12 Außenstellen, wo die BStU für die sichere Aufbewahrung, Nutzbarmachung und Bereitstellung Sorge trägt.⁵⁸ Die Unterlagen umfassen neben schriftlichen Dokumenten auch audiovisuelle Datenträger wie Filme, Dias, Videos, Fotos und Tonträger, die die Aufgaben des MfS dokumentieren und außerdem die im Auftrag und mit Wissen der SED wahrgenommenen Tätigkeiten der Staatssicherheit als politische Geheimpolizei, geheimer Nachrichtendienst und „Organ“ für strafrechtliche Untersuchungen, belegen. Die Psychoanalytikerin Anette Simon, die selbst vom MfS überwacht

53 Vgl. ebd., S. 29.

54 Vgl. BStU, Rekonstruktion zerrissener Stasi-Unterlagen – Stand der Rekonstruktion, URL: <https://www.bstu.de/archiv/rekonstruktion/#c2385> (zuletzt abgerufen am 04.04.2020).

55 Die Berechnung erfolgt auf der Annahme, dass ca. 17,4 Säcke pro Jahr (523 Säcke / 30 Jahre) rekonstruiert wurden. Bei gleichbleibender rekonstruierter Aktenanzahl pro Jahr und einem Restbestand von 15.477 Akten ergibt sich eine Dauer i. H. v. 889 Jahren (15.477 Säcken / 17,4 Akten pro Jahr).

56 Vgl. Engelmann/Halbrock/Joestel, Vernichtung von Stasi-Akten – Eine Untersuchung zu den Verlusten 1989/90, S. 75, URL: https://www.bstu.de/assets/bstu/de/Publikationen/EV_Aktenvernichtung.pdf (zuletzt abgerufen am 04.04.2020).

57 Vgl. Jahn/Hollmann, Die Zukunft der Stasi-Unterlagen, S. 7, URL: https://www.bstu.de/assets/bstu/de/Downloads/bstu-in-zukunft_zukunft-stasi-unterlagen.pdf (zuletzt abgerufen am 01.03.2020).

58 Vgl. BStU, Über das Archiv – Inhalte und Aufgaben des Stasi-Unterlagen-Archivs, URL: <https://www.bstu.de/archiv/ueber-das-archiv/> (zuletzt abgerufen am 02.04.2020).

wurde, beschreibt die Funktion der Stasi-Unterlagen-Behörde als „Aufbewahrungs- und Verwaltungsort für das Paranoide“. Der geschehenen Verfolgung werde mit der BStU ein Ort gegeben, wo man diese mit einer gewissen Distanz ansehen könne.⁵⁹ Es ist anzunehmen, dass es von den Opfern als sehr beruhigend empfunden wird, dass es einen Ort gibt, an dem man sich Zugang zu den Akten verschaffen kann, wenn man selbst bereit dazu ist, die eigene Vergangenheit aufzuarbeiten. Diese Sichtweise wird von der Tatsache unterstrichen, dass es auch heute noch zahlreiche Erstanträge auf Akteneinsicht gibt.⁶⁰ Das Stasi-Unterlagen-Archiv bleibt auch unter neuer Leitung des Bundesarchivs bestehen, sodass sich hierdurch keine Änderungen ergeben.⁶¹

Die Unterlagen, die in den Räumlichkeiten der BStU gelagert sind, werden im Rahmen von persönlicher Einsichtnahme, online oder in Form von Kopien den Bürgerinnen und Bürgern, zudem der Forschung und den öffentlichen Medien zugänglich gemacht. Die Akten befinden sich in ständiger Benutzung, sodass deren Restaurierung und Konservierung ebenfalls zum Aufgabenbereich der BStU gehört, um sie für die Zukunft dauerhaft zu sichern.⁶² Das Schriftgut gliedert sich in 51.000 laufende Meter bereits durch das MfS archivierte Akten und in 61.000 laufende Meter Unterlagen, mit denen 1989 noch durch das MfS gearbeitet wurde, die im Rahmen der Besetzung durch Bürgerinnen und Bürger der DDR dem Zugriff der MfS-Mitarbeiter entzogen worden waren. Diese werden vorrangig erschlossen. Die Erschließung umfasst die Ordnung und Verzeichnung der Unterlagen, sowohl personen- als auch sachbezogen.⁶³ Die sach- und personenbezogene Erschließung der vormals ungeordneten Unterlagen ist weit vorangeschritten, wohingegen die bereits vom MfS archivierte Unterlagen bisher nur personenbezogen erschlossen wurden. Für die persönliche Akteneinsicht von Betroffenen ist die personenbezogene Recherche jedoch vollkommen ausreichend.⁶⁴ Da die personenbezogene Erschließung weitestgehend abgeschlossen ist, sind herausragende neue Erkenntnisse wohl nicht mehr zu erwarten. Allerdings ist es für Interessierte aus den Bereichen Forschung, Bildung und Medien mit einem erhöhten Rechercheaufwand und Spezialkenntnissen verbunden, wenn Nutzerinnen und Nutzer nur auf personenbezogen erschlossene Dokumente zurückgreifen können. Somit wäre die sachbezogene Erschließung der 51.000 laufenden Meter Dokumente für die interessierte Öffentlichkeit im Hinblick auf die Nutzungsbedingungen eine Verbesserung. Da eine möglichst umfassende Forschung, Medienberichterstattung und Bildungsarbeit auch für ein besseres Verständnis und mehr Anerkennung der MfS-Opfer in der Gesellschaft sorgen würde, ist diese Art der Erschließung mittelbar dann auch für die betroffenen Opfer bedeutsam. Der Fokus der Archivarbeit soll künftig auf die sachbezogene

59 Vgl. Simon in: Seidler/Froese, Traumatisierungen in (Ost-)Deutschland, S. 135.

60 Vgl. BStU, Das Stasi-Unterlagen-Archiv in Zahlen – Antragszahlen, URL: <https://www.bstu.de/ueber-uns/bstu-in-zahlen/#c2391> (zuletzt abgerufen am 05.04.2020).

61 Vgl. Jahn/Hollmann, Die Zukunft der Stasi-Unterlagen, S. 4, URL: https://www.bstu.de/assets/bstu/de/Downloads/bstu-in-zukunft_zukunft-stasi-unterlagen.pdf (zuletzt abgerufen am 01.03.2020).

62 Vgl. BStU, Über das Archiv – Aufgaben des Archivs, URL: <https://www.bstu.de/archiv/ueber-das-archiv/> (zuletzt abgerufen am 02.04.2020).

63 Vgl. BStU, Über das Archiv – Erschließung und Bewertung, URL: <https://www.bstu.de/archiv/ueber-das-archiv/> (zuletzt abgerufen am 02.04.2020).

64 Vgl. Jahn/Hollmann, Die Zukunft der Stasi-Unterlagen, S. 6, URL: https://www.bstu.de/assets/bstu/de/Downloads/bstu-in-zukunft_zukunft-stasi-unterlagen.pdf (zuletzt abgerufen am 01.03.2020).

Erschließung gelegt werden⁶⁵, die den letzten größeren Aufgabenblock der Erschließung darstellt. Sie wäre daher vermutlich auch ohne die Integration der BStU ins Bundesarchiv erfolgt. Somit ergibt sich für die Stasi-Opfer in dieser Hinsicht durch die Auflösung der BStU als eigenständiger Behörde weder eine Verbesserung, noch eine Verschlechterung.

Neben der Erschließung müssen sämtliche Unterlagen gemäß § 37 Abs. 1 Nr. 2 StUG einer Bewertung nach archivischen Grundsätzen unterzogen werden. Im Rahmen dieser Bewertung wird über die dauerhafte Aufbewahrungswürdigkeit entschieden. Nicht aufbewahrungswürdige Unterlagen werden kassiert.⁶⁶ Dieses Vorgehen ist jedoch für die Stasi-Opfer insofern irrelevant, da sowohl Opferakten, als auch Akten über hauptamtliche und inoffizielle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stasi in der Vergangenheit immer aufbewahrt wurden.⁶⁷ Im Konzept zur Zukunft der Stasi-Akten werden hierzu keine Ausführungen gemacht, sodass anzunehmen ist, dass sich auch durch den Übergang der Stasi-Unterlagen ins Bundesarchiv an dieser Praxis nichts ändern wird.

Die Verwendung von Stasi-Unterlagen am Beispiel: Persönliche Akteneinsicht und Überprüfung von Beschäftigten im öffentlichen Dienst

Die persönliche Akteneinsicht soll den Menschen, die vom MfS überwacht wurden, die Möglichkeit geben zu erfahren, wie das MfS in ihr Schicksal eingegriffen hat und wer dafür jeweils verantwortlich war.⁶⁸ Personenbezogene Daten anderer Betroffener werden dabei aus datenschutzrechtlichen Gründen geschwärzt. Dies gilt jedoch nicht für die Decknamen von IM, die über die antragstellende Person berichtet haben. Für die Decknamenentschlüsselung kann man als Betroffener nach der Akteneinsicht einen gesonderten Antrag stellen.⁶⁹ „Allein im ersten Jahr 1992, stellten mehr als eine halbe Million Menschen einen Antrag auf persönliche Akteneinsicht.“⁷⁰ Bis heute wurden insgesamt 3.312.202 Millionen Anträge auf persönliche Akteneinsicht gestellt. Im Jahr 2019 gab es 56.526 Anträge von Bürgerinnen und Bürgern, die ihre Akte zum ersten oder zum wiederholten Mal einsehen wollten.⁷¹ Außerdem häufen

65 Vgl. ebd., S. 5.

66 Vgl. BStU, Über das Archiv – Erschließung und Bewertung, URL: <https://www.bstu.de/archiv/ueber-das-archiv/> (zuletzt abgerufen am 02.04.2020).

67 Vgl. BStU, Über das Archiv – Erschließung und Bewertung, URL: <https://www.bstu.de/archiv/ueber-das-archiv/> (zuletzt abgerufen am 02.04.2020).

68 Vgl. BStU, Geschichte des Stasi-Unterlagen-Archivs – Die Akteneinsicht, URL: <https://www.bstu.de/ueber-uns/geschichte-des-stasi-unterlagen-archivs/#c1712> (zuletzt abgerufen am 27.03.2020).

69 Vgl. BStU, Das Verfahren der Akteneinsicht, URL: <https://www.bstu.de/akteneinsicht/privatpersonen/> (zuletzt abgerufen am 27.03.2020).

70 Bundeszentrale für politische Bildung, Überführung der Stasi-Akten ins Bundesarchiv, URL: <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/300458/stasi-unterlagen-behoerde> (zuletzt abgerufen am 20.03.2020).

71 Vgl. BStU, Das Stasi-Unterlagen-Archiv in Zahlen – Antragszahlen, URL: <https://www.bstu.de/ueber-uns/bstu-in-zahlen/#c2391> (zuletzt abgerufen am 05.04.2020).

sich mittlerweile Anträge naher Angehöriger von Vermissten und Verstorbenen, die deren Schicksal erforschen wollen.⁷²

Die Akteneinsicht hat für die SED-Opfer und deren Angehörige von allen Aufgaben der BStU die wohl herausragende Bedeutung. Sie hat eine Beweisfunktion, was nicht nur für die psychische Genesung der Opfer wichtig ist, sondern sich auch finanziell auswirken kann, da Stasi-Opfer in der Regel nachweisen müssen, politisch verfolgt worden zu sein, um eine Entschädigung zu erhalten.⁷³ Für die Rehabilitation der Opfer gibt es verschiedene Ausgleichsleistungen im Rahmen der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze.

Da Personen ein berechtigtes Interesse an der Akteneinsicht darlegen müssen, liegt die Schlussfolgerung nahe, dass diese bei der Antragstellung zumindest die Vermutung haben, vom MfS überwacht worden zu sein. Ob ihre Vermutung der Wahrheit entspricht, kann die Akte belegen, die offenbart, in welchem Umfang und mit welchen Methoden die Antragsteller überwacht wurden. Darüber hinaus kann die Stasi-Akte auch zu der Erkenntnis führen, welche Personen die Opfer konkret in welchen Situationen bespitzelt und verraten haben. Hierbei handelte es sich nicht selten um Personen, die aus dem nächsten Umfeld des Betroffenen kamen, wie z. B. enge Freunde oder Familie. Das bedeutet aber auch, dass die Akteneinsicht womöglich negative Folgen für die Betroffenen auslösen kann, wie z.B. ein tiefes Enttäuschungsgefühl. Die berechtigte Angst davor könnte neben dem anhaltenden Interesse von Angehörigen von Vermissten oder Verstorbenen ein Grund dafür sein, warum auch noch 30 Jahre nach Ende der DDR 35.554 Erstanträge gestellt werden.⁷⁴ Was an diesen hohen Zahlen überdeutlich erkennbar wird, ist, warum es nötig ist, dass die Möglichkeit der Akteneinsicht auch nach so langer Zeit noch gewährleistet bleibt. Das am 20. November 2019 in Kraft getretene „Neunte Gesetz zur Änderung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes“ wird dieser Notwendigkeit gerecht, insofern hierin die Verlängerung der Antragsfrist bis zum 31. Dezember 2030 festgelegt ist.

Die Akteneinsicht ist auch nach der Auflösung der BStU als eigenständige Behörde weiterhin möglich. Problematisch könnte jedoch die Reduzierung der Außenstellen werden, da bisher 75 Prozent der Akteneinsichten dort beantragt wurden.⁷⁵ Zwar sollen alle bisherigen Außenstellen weiterhin Anträge auf Akteneinsicht annehmen, jedoch befinden sich die Akten nur noch an fünf statt 12 Standorten, was zunächst wahrscheinlich zu einer Verlängerung der Bearbeitungszeit eines Antrags auf Akteneinsicht führen wird. Da die Antragszahlen jedoch zugleich seit Jahren rückläufig sind⁷⁶, wird sich dies vermutlich in den nächsten Jahren relativieren. Außerdem sollen im Rahmen der

72 Vgl. BStU, 14. Tätigkeitsbericht, S. 29, URL:

https://www.bstu.de/assets/bstu/de/Downloads/bstu_14-taetigkeitsbericht_2019.pdf (zuletzt abgerufen am 03.03.2020).

73 Vgl. § 10 Abs. 2 StrRehaG o. § 10 I Nr. 3 VwRehaG.

74 Vgl. BStU, Das Stasi-Unterlagen-Archiv in Zahlen – Antragszahlen, URL:

<https://www.bstu.de/ueber-uns/bstu-in-zahlen/#c2391> (zuletzt abgerufen am 05.04.2020).

75 Vgl. ebd.

76 Vgl. ebd.

Digitalisierung der Akten diese künftig online zur Verfügung gestellt werden können.⁷⁷

Vorteilhaft für die Archivnutzerinnen und -nutzer ist sicher auch das Vorhaben, die Dienstleistung der Akteneinsicht zukünftig neben den Stasi-Unterlagen auch auf die Akten des Bundesarchivs wie beispielsweise die Haftakten zu erweitern.⁷⁸ Somit könnte die Auflösung der BStU zwar kurzfristig mit Nachteilen für Antragsteller verbunden sein, langfristig gesehen dürfte sie sich im Hinblick auf die Nutzungsbedingungen für eine Akteneinsicht allerdings sogar positiv für die Opfer und deren Hinterbliebene auswirken.

Durch die Überprüfung von Beschäftigten im öffentlichen Dienst auf eine frühere MfS-Tätigkeit soll(te) verhindert werden, dass ehemalige Stasi-Mitarbeiter nach der Wiedervereinigung weiterhin ein öffentliches Amt bekleiden. Dies war in der Vergangenheit vor allem für den Aufbau demokratischer Institutionen in Ostdeutschland von großer Bedeutung.⁷⁹ Doch auch heute noch dürfen öffentliche und nicht-öffentliche Stellen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter bestimmten Voraussetzungen auf eine MfS-Tätigkeit überprüfen.⁸⁰ Bis 2019 wurden insgesamt 3.438.590 Ersuchen zur Überprüfung von Personen gestellt.⁸¹ Dieses Tätigkeitsfeld der BStU hat jedoch in den letzten Jahren an Bedeutung verloren⁸², was nach 30 Jahren aber auch kaum verwunderlich ist, da sich ein Großteil der ehemaligen MfS-Mitarbeiter mittlerweile im Rentenalter befindet. Hinzu kommt, dass Hinweise auf eine Tätigkeit für das MfS nicht mitgeteilt werden, wenn diese vor Vollendung des 18. Lebensjahres der Überprüften erfolgte.⁸³ Folglich ergibt sich nur noch ein kleiner Kreis überprüfbarer Personen zwischen 58 bis höchstens 67 Jahren. Außerdem ist eine festgestellte MfS-Tätigkeit heutzutage nahezu folgenlos: Das Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg hat 2017 eine Kündigung aufgrund einer MfS-Tätigkeit für unwirksam erklärt und diese Entscheidung unter anderem damit begründet, dass die Tätigkeit für das MfS über 27 Jahre zurückliege.⁸⁴ Selbst die Stasi-Unterlagenbehörde beschäftigt im Moment noch neun (von ursprünglich 47) Mitarbeiter/innen, die für die Stasi der DDR gearbeitet haben. Das ist gemäß § 37a StUG eigentlich unzulässig, allerdings ist in Fällen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Bestimmung bereits beim Bundesbeauftragten beschäftigt waren, keine Entlassung vorgesehen, sondern lediglich eine Versetzung „auf

77 Vgl. Jahn/Hollmann, Die Zukunft der Stasi-Unterlagen, S. 8, URL: https://www.bstu.de/assets/bstu/de/Downloads/bstu-in-zukunft_zukunft-stasi-unterlagen.pdf (zuletzt abgerufen am 01.03.2020).

78 Vgl. ebd.

79 Vgl. BStU, 14. Tätigkeitsbericht, S. 36, URL: https://www.bstu.de/assets/bstu/de/Downloads/bstu_14-taetigkeitsbericht_2019.pdf (zuletzt abgerufen am 03.03.2020).

80 Vgl. BStU, Ersuchen öffentlicher und nicht-öffentlicher Stellen – Wer darf überprüfen?, URL: <https://www.bstu.de/akteneinsicht/oeffentliche-und-nicht-oeffentliche-stellen/#c459> (zuletzt aufgerufen am 29.03.2020).

81 Vgl. BStU, Das Stasi-Unterlagen-Archiv in Zahlen – Antragszahlen, URL: <https://www.bstu.de/ueber-uns/bstu-in-zahlen/> (zuletzt abgerufen am 05.04.2020)

82 Vgl. BStU, 14. Tätigkeitsbericht, S. 10, URL: https://www.bstu.de/assets/bstu/de/Downloads/bstu_14-taetigkeitsbericht_2019.pdf (zuletzt abgerufen am 03.03.2020).

83 Vgl. BStU, Ersuchen öffentlicher und nicht-öffentlicher Stellen – Wer darf überprüfen?, URL: <https://www.bstu.de/akteneinsicht/oeffentliche-und-nicht-oeffentliche-stellen/#c459> (zuletzt aufgerufen am 29.03.2020).

84 Vgl. LAG Berlin-Brandenburg, Urt. v. 16.10.2017, 5 Sa 462/17, ZTR 2018, 165, Rn. 37.

einen gleichwertigen Arbeitsplatz innerhalb der Bundesverwaltung“ und zwar „im Rahmen der Zumutbarkeit ihren Fähigkeiten entsprechend und unter Berücksichtigung sozialer Belange.“⁸⁵ Die betroffenen Mitarbeiter/innen bleiben im konkreten Fall aktuell aus Mangel an Versetzungsmöglichkeiten (noch) im Dienst der BStU.

Die Überprüfung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im öffentlichen Dienst auf eine Tätigkeit für die Staatssicherheit in der DDR mag für die Opfer der Stasi aufgrund des kleinen überprüfbaren Personenkreises auf den ersten Blick eine geringe Bedeutung haben. Dennoch ist in diesem Zusammenhang der Hinweis wichtig, dass das Gefühl und das Erleben von Gerechtigkeit für das (psychische) Befinden der Opfer unrechtmäßiger staatlicher Gewalt eine besonders wichtige Rolle spielt.⁸⁶ Der Vollständigkeit halber sei an dieser Stelle aber auch angemerkt, dass sich eine Beurteilung von Stasi-Mitarbeitern im Sinne einer ausgleichenden Gerechtigkeit gegenüber den Opfern generell als schwierig erweist, wenn man berücksichtigt, dass die Übernahme einer MfS-Tätigkeit nicht immer auf freiwilliger Basis geschehen ist, sondern zum Teil auch unter großem Druck von Seiten des MfS - was die durch diese Vorgehensweise ‚engagierten‘ ehemaligen MfS-Mitarbeiter/innen letztlich sogar selbst gewissermaßen zu Stasi-Opfern macht.

Forschung und Publikationen

Die BStU versteht die eigene Forschung als Dienstleistung für die wissenschaftliche Aufarbeitung des DDR-Unrechts. Die Forschung der BStU ruht auf drei Säulen. Die erste Säule umfasst die Erstellung von Editionen und wissenschaftlichen Dokumentationen, mit denen der Öffentlichkeit und der Wissenschaft Quellen zur Geschichte des MfS, der DDR und des Kommunismus zur Verfügung gestellt werden sollen. Zum zweiten betreibt die BStU Überlieferungsforschung. Hierbei wird der Versuch unternommen, die schwer durchschaubare Überlieferung des MfS transparenter zu machen, um Wissenschaft, Betroffenen und Presse die Aktennutzung zu erleichtern. Bei der dritten Säule geht es um Grundlagenforschung zur Staatssicherheit der DDR, die Lücken im Basiswissen zur Struktur, zu Methoden und Wirkungsweise des MfS schließen soll.⁸⁷ Hieraus ergibt sich ein breites Spektrum an Themenfeldern. Das gewonnene Wissen wird dann in geeigneter Form wie z. B. Monographien, Sammelbänden oder Akteneditionen publiziert.⁸⁸

Der Forschung und der Veröffentlichung der Ergebnisse kommt eine wichtige unmittelbare Bedeutung für die Opfer zu. Durch die erworbenen und veröffentlichten Erkenntnisse über das MfS und dessen Wirkungsweise findet ihr Status als Opfer in der Gesellschaft und der Politik Anerkennung. Die aktuelle

⁸⁵ Vgl. BStU, 14. Tätigkeitsbericht, S. 16, URL: https://www.bstu.de/assets/bstu/de/Downloads/bstu_14-taetigkeitsbericht_2019.pdf (zuletzt abgerufen am 03.03.2020).

⁸⁶ Vgl. Gäbler/Maercker /Schützwohl, Langzeitfolgen politischer Inhaftierungen in der DDR, S. 17, URL https://aufarbeitung.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/Stasi-Unterlagen/LStU_PDF/Langzeitfolgen_Broschuere_Druckversion.pdf (zuletzt abgerufen am 05.04.2020).

⁸⁷ Vgl. ebd., S. 46.

⁸⁸ Vgl. BStU, 14. Tätigkeitsbericht, S. 47, URL: https://www.bstu.de/assets/bstu/de/Downloads/bstu_14-taetigkeitsbericht_2019.pdf (zuletzt abgerufen am 03.03.2020).

Novellierung der Unrechtsbereinigungsgesetze fand beispielsweise nicht zuletzt auch aufgrund der im Laufe der Jahre gewonnenen Erkenntnisse über die tatsächlichen (Lebens-)Verhältnisse in der DDR statt.⁸⁹ In Zukunft unter dem Dach des Bundesarchivs soll aufbauend auf der Grundlagenforschung der BStU der Fokus auf die quellenkundliche Forschung gelegt werden.⁹⁰ Hiermit sollen die Überlieferungen der Staatssicherheit, welche häufig schwer durchschaubar sind, vor allem für die externe Forschung und gesellschaftliche Aufarbeitung entschlüsselt werden. Außerdem sollen vermehrt Editionen und Dokumentationen erstellt werden.⁹¹ Ob die Rahmenbedingungen für dieses Arbeitsfeld sich durch die Eingliederung der BStU in das Bundesarchiv verändern, verbessern oder verschlechtern werden, ist für Außenstehende schwer zu beurteilen und bleibt abzuwarten.

Unterrichtung der Öffentlichkeit und Bildungsarbeit

Der Fokus der BStU bei der Wahrnehmung ihrer Aufgabe, die Öffentlichkeit im doppelten Wortsinn zu „unterrichten“, liegt auf dem Stasi-Unterlagen-Archiv und seinem besonderen Charakter als Hinterlassenschaft der Geheimpolizei einer Diktatur und Monument der Überwachung.⁹² Durch vielfältige Angebote, wie z. B. Ausstellungen, Führungen und Veranstaltungen, werden das Stasi-Unterlagen-Archiv und die Archive in den Außenstellen für die interessierte Öffentlichkeit sichtbar und transparent gemacht.⁹³ Die BStU leistet daneben aber auch Bildungsarbeit für Schülerinnen und Schüler und für Studierende am Lernort „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“.⁹⁴ Außerdem vermittelt sie Wissen in Form von digitalen Angeboten auf ihrer Homepage und auf diversen Social-Media-Kanälen.

Für ihre psychische Genesung benötigen die Stasi-Opfer Unterstützung aus der Gesellschaft.⁹⁵ Diverse Studien belegen, dass soziale Zurückweisung und eine fehlende Anerkennung als Opfer die Schwere einer Posttraumatischen Belastungsstörung mit beeinflussen.⁹⁶ Somit sind das Interesse der Öffentlichkeit, ein angemessener Umgang der Medien mit der Thematik sowie

89 Vgl. Deutscher Bundestag, Verbesserung der sozialen Lage anerkannter politisch Verfolgter durch Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze, S. 1, URL: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/089/1908982.pdf> (zuletzt abgerufen am 05.04.2020).

90 Vgl. Jahn/Hollmann, Die Zukunft der Stasi-Unterlagen, S. 6, URL: https://www.bstu.de/assets/bstu/de/Downloads/bstu-in-zukunft_zukunft-stasi-unterlagen.pdf (zuletzt abgerufen am 01.03.2020).

91 Vgl. BStU, 14. Tätigkeitsbericht, S. 11, URL: https://www.bstu.de/assets/bstu/de/Downloads/bstu_14-taetigkeitsbericht_2019.pdf (zuletzt abgerufen am 03.03.2020).

92 Vgl. ebd., S. 12.

93 Vgl. BStU, 14. Tätigkeitsbericht, S. 12, URL: https://www.bstu.de/assets/bstu/de/Downloads/bstu_14-taetigkeitsbericht_2019.pdf (zuletzt abgerufen am 03.03.2020).

94 Vgl. ebd. S. 55.

95 Vgl. Trobisch-Lütge, Das späte Gift – Folgen politischer Traumatisierung in der DDR und ihre Behandlung, S. 150.

96 Vgl. Gäbler/Maercker/Schützwohl, Langzeitfolgen politischer Inhaftierungen in der DDR, S. 17, URL: https://aufarbeitung.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/Stasiunterlagen/LStU_PDF/Langzeitfolgen_Broschuere_Druckversion.pdf (zuletzt abgerufen am 05.04.2020).

Respektbezeugungen, Verständnis und Akzeptanz durch die gesellschaftliche Öffentlichkeit für die Wiedergutmachung der Opfer maßgebliche Größen.⁹⁷ Die BStU trägt hierbei eine große Mitverantwortung. Durch die Aufgabengebiete Forschung und Unterrichtung der Öffentlichkeit hat sie die Möglichkeit, die Gesellschaft für die Thematik des SED-Unrechts zu sensibilisieren.

Die Angebote in diesen Bereichen sollen auch noch nach der Auflösung der BStU bestehen bleiben. Das vorgelegte Konzept von BStU und Bundesarchiv platziert diese Aufgabenbereiche jedoch in den Hauptsitz des Stasi-Unterlagen-Archivs in Berlin-Lichtenberg.⁹⁸ Aus dem Konzept ergibt sich nicht, ob und wie die Angebote in den Außenstellen weitergeführt werden sollen. Aber die Tatsache, dass die Außenstellen von 12 auf fünf reduziert werden, lässt den vorsichtigen Rückschluss zu, dass es hinsichtlich dieses Tätigkeitsfeldes Einbußen geben könnte. Es bleibt abzuwarten, inwieweit diese im Rahmen der Digitalisierung und der damit angestrebten „zeitgemäßen Nutzung“ in Form von Ausweitung der Online-Angebote kompensiert werden können.

Ausblick

Die Bedeutung der BStU ist nicht primär an deren Eigenständigkeit als Behörde geknüpft. Nach 30 Jahren des Bestehens hat wohl die Bedeutung hinsichtlich der Fülle der Aktenrekonstruktion, der Aktenschließung und der Überprüfung von Beschäftigten im öffentlichen Dienst abgenommen. Die Aufgaben rund um die persönliche Akteneinsicht, die Forschung, die Unterrichtung der Öffentlichkeit und die Bildungsarbeit sind nichts desto trotz auch heute noch sehr wichtig – für die Ausprägung eines auf kritischer Auseinandersetzung der Öffentlichkeit basierendes kollektives Gedächtnis, aber auch und vor allem für die Opfer des DDR-Unrechts. Da sämtliche Aufgaben der BStU auch nach der Auflösung als eigenständige Behörde weitergeführt werden, ist der Protest gegen die Integration der BStU ins Bundesarchiv zwar erkennbar, aber nicht alles überwältigend. Dennoch sollten die Befürchtungen der Kritiker ernst genommen werden. Der Historiker und DDR-Dissident Ilko Kowalczuk etwa äußerte in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin Spiegel Bedenken, er fürchtet, dass die Überführung der Stasi-Akten in das Bundesarchiv wie ein Schlussstrich unter die Aufarbeitung wirke.⁹⁹

In Zeiten des wachsenden Vertrauensverlusts in die Politik vor allem in den neuen Bundesländern ist die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit gesellschaftlich wichtiger denn je. Jüngst ging die „Alternative für Deutschland“ (AfD) bei den Landtagswahlen in Brandenburg mit einer Kampagne auf Wählerfang, die historische Vergleiche zur DDR zog und mit der Kernthese agierte, dass es heute in der Bundesrepublik keine Meinungsfreiheit gebe und „Andersdenkende“ so unterdrückt würden wie es in der DDR der Fall gewesen

⁹⁷ Vgl. ebd., S. 19.

⁹⁸ Vgl. Jahn/Hollmann, Die Zukunft der Stasi-Unterlagen, S. 9, URL: https://www.bstu.de/assets/bstu/de/Downloads/bstu-in-zukunft_zukunft-stasi-unterlagen.pdf (zuletzt abgerufen am 01.03.2020).

⁹⁹ Vgl. Garbe für Spiegel.de, „Das spielt allen in die Hände, die den Diktaturcharakter der DDR leugnen wollen“, URL: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/ilko-sascha-kowalczuk-zur-moeglichen-aufloesung-der-stasi-unterlagen-behoerde-a-1288652.html> (zuletzt abgerufen am 07.03.2020).

sei.¹⁰⁰ Das Wahlergebnis der AfD in Höhe von 23,5 Prozent, womit die Partei zweitstärkste Kraft in Brandenburg wurde, zeigt, dass solche geschichtsverfälschenden Aussagen nicht abschreckend auf die Wählerinnen und Wähler gewirkt haben. (Nur am Rande: Die AfD hat sich für die Beibehaltung der BStU als eigenständige Behörde ausgesprochen und in einem Änderungsantrag zum Gesetzentwurf für das Neunte Gesetz zur Änderung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes (das am 20. November 2019 verabschiedet worden ist) gemutmaß, durch die Integration der BStU ins Bundesarchiv könne der Eindruck entstehen, das Erbe der Friedlichen Revolution „abwickeln“ zu wollen.¹⁰¹) Das Ergebnis der Wahl in Brandenburg deutet auf eine beunruhigende Geschichtsvergessenheit der älteren sowie auf eine nicht minder beunruhigende Unwissenheit der jüngeren Deutschen hin. Es ist also womöglich vor allem die Unterrichtung der Öffentlichkeit und die politische Bildungsarbeit, die in den Fokus rücken muss, wenn es um die Frage geht, welche Bedeutung die BStU für die Opfer des SED-Unrechts hat. Denn: „Wenn wir die Geschichte vergessen, holt sie uns ein!“¹⁰²

Literatur

Budde, Heidrun: Rekrutierung für die Staatssicherheit der DDR, Verwaltungsrundschau 6/2018, S. 195ff.

Krähnke, Uwe/Zschirpe, Anja/ Finster, Matthias/Reimann, Philipp: Habitus und Lebensverläufe von hauptamtlichen Mitarbeitern der DDR-Sicherheit. In: Matthäus, Sandra/Kubiak, Daniel (Hg.): Der Osten – Neue sozialwissenschaftliche Perspektiven auf einen komplexen Gegenstand jenseits von Verurteilung und Verklärung. Wiesbaden 2016. S. 71-98.

Matthäus, Sandra/Kubiak, Daniel (Hg.): Der Osten – Neue sozialwissenschaftliche Perspektiven auf einen komplexen Gegenstand jenseits von Verurteilung und Verklärung. Wiesbaden 2016

Schwarz, Karolin: Hasskrieger - Der neue globale Rechtsextremismus. Freiburg im Breisgau 2020.

Seidler, Christof/Froese, Michael J. (Hg.): Traumatisierungen in (Ost-)Deutschland. Erweiterte Neuauflage, Gießen 2009.

Simon, Annette: Psychoanalytische Reflektionen zur Funktion der Stasi-unterlagen-Behörde. In: Seidler, Christof/Froese, Michael J. (Hg.): Traumatisierungen in (Ost-)Deutschland. Erweiterte Neuauflage, Gießen 2009. S. 89-98.

100 Vgl. Schwarz, Hasskrieger: Der neue globale Rechtsextremismus, S. 82.

101 Vgl. Antrag der AfD-Fraktion im Bundestag: Die Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen erhalten – Das Erbe der Friedlichen Revolution nicht abwickeln. Deutscher Bundestag 19. Wahlperiode, Drucksache 19/13529, 29. September 2019; ULR: <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/135/1913529.pdf> (zuletzt abgerufen am 07.03.2020).

102 Zitat auf einer Gedenktafel (für das erste Opfer der Berliner Mauer) am ehemaligen DDR-Wachturm „Kieler Eck“.

Trobisch-Lütge, Stefan: Das späte Gift– Folgen politischer Traumatisierung in der DDR und ihre Behandlung. 2. Auflage, Gießen 2010.

Trobisch-Lütge, Stefan/ Bomberg, Karl-Heinz (Hg.): Verborgene Wunden – Spätfolgen politischer Traumatisierung in der DDR und ihre transgenerationale Weitergabe, 2. Auflage, Gießen 2017.

Weißflog, Gregor/Klinitzke, Grit/Böhm, Maya: Politische Haft in der ehemaligen DDR und ihre gesundheitlichen Folgen. Gießen 2015, abrufbar unter: ULR:

https://www.researchgate.net/publication/269398898_Politische_Haft_in_der_ehemaligen_DDR_und_ihre_gesundheitlichen_Folgen (zuletzt abgerufen am 05.03.2020).

Internetquellen

Auerbach, Thomas /Kowalczuk, Ilko-Sascha: Zersetzung – MfS-Handbuch, Hg. BStU, abrufbar unter: <https://www.bstu.de/mfs-lexikon/detail/zersetzung/> (zuletzt abgerufen am 04.04.2020).

BStU: Das Stasi-Unterlagen-Archiv in Zahlen – Antragszahlen, abrufbar unter: <https://www.bstu.de/ueber-uns/bstu-in-zahlen/#c2391> (zuletzt abgerufen am 05.04.2020).

Das Verfahren der Akteneinsicht, abrufbar unter: <https://www.bstu.de/akteneinsicht/privatpersonen/> (zuletzt abgerufen am 27.03.2020)

Ersuchen öffentlicher und nicht-öffentlicher Stellen – Wer darf überprüfen?, abrufbar unter: <https://www.bstu.de/akteneinsicht/oeffentliche-und-nicht-oeffentliche-stellen/#c459> (zuletzt abgerufen am 29.03.2020).

Geschichte des Stasi-Unterlagen-Archivs – Die Akteneinsicht, abrufbar unter: <https://www.bstu.de/ueber-uns/geschichte-des-stasi-unterlagen-archivs/#c1712> (zuletzt abgerufen am 27.03.2020).

Geschichte des Stasi-Unterlagen-Archivs – Die Entstehung, abrufbar unter: <https://www.bstu.de/ueber-uns/geschichte-des-stasi-unterlagen-archivs/#c21365> (zuletzt abgerufen am 04.03.2020).

Rekonstruktion zerrissener Stasi-Unterlagen – Stand der Rekonstruktion, abrufbar unter: <https://www.bstu.de/archiv/rekonstruktion/#c2385> (zuletzt abgerufen am 04.04.2020).

Rekonstruktion zerrissener Stasi-Unterlagen – Ursprung der Rekonstruktion, abrufbar unter: <https://www.bstu.de/archiv/rekonstruktion/#c2375> (zuletzt abgerufen am 04.04.2020).

Über das Archiv – Aufgaben des Archivs, abrufbar unter <https://www.bstu.de/archiv/ueber-das-archiv/> (zuletzt abgerufen am 02.04.2020).

Was war die Stasi? – Die Funktion, abrufbar unter: <https://www.bstu.de/informationen-zur-stasi/themen/was-war-die-stasi/> (zuletzt abgerufen am 24.03.2020).

14. Tätigkeitsbericht des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik für die Jahre 2017 und 2018, Berlin 2019, abrufbar unter: https://www.bstu.de/assets/bstu/de/Downloads/bstu_14-taetigkeitsbericht_2019.pdf (zuletzt abgerufen am 03.03.2020).

Bundesarchiv: Pressemitteilung, Überführung des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv, 2019, abrufbar unter: <https://www.bundesarchiv.de/DE/Content/Pressemitteilungen/ueberfuehrung-stasi-unterlagen.html> (zuletzt abgerufen am 07.03.2020).

Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik; Das Bundesarchiv: Die Zukunft der Stasi-Unterlagen – Konzept des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und des Bundesarchivs für die dauerhafte Sicherung der Stasi-Unterlagen durch Überführung des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv, Berlin 2019, abrufbar unter: https://www.bstu.de/assets/bstu/de/Downloads/bstu-in-zukunft_zukunft-stasi-unterlagen.pdf (zuletzt abgerufen am 01.03.2020).

Deutscher Bundestag, Online-Dienste: Streit über die Zukunft der Stasi-Akten, abrufbar unter: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2016/kw17-pa-kultur-419648> (zuletzt abgerufen am 03.04.2020).

Deutscher Bundestag: Antrag - Verbesserung der sozialen Lage anerkannter politisch Verfolgter durch Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze, Drucksache 19/8982, Berlin 2019, abrufbar unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/089/1908982.pdf> (zuletzt abgerufen am 05.04.2020).

Deutscher Bundestag: Bericht der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Drucksache 12/7820, Bonn, 1994, abrufbar unter: <https://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/12/078/1207820.pdf> (zuletzt abgerufen am 20.03.2020).

Deutscher Bundestag - Wissenschaftliche Dienste: Ausarbeitung – Zusammenhang von Haftumständen bei politischen Gefangenen in der DDR und Posttraumatischer Belastungsstörung (PTBS), AZ: WD 9 – 3000 – 116/12, Berlin, 2012, abrufbar unter: <https://www.bundestag.de/resource/blob/412144/bd030aaa4d8d5a98f91a312cc-2301d5a/WD-9-116-12-pdf-data.pdf> (zuletzt abgerufen am 20.02.2020).

Bundeszentrale für politische Bildung: Überführung der Stasi-Akten ins Bundesarchiv, 2019, abrufbar unter <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/300458/stasi-unterlagen-behoerde> (zuletzt abgerufen am 20.03.2020).

Engelmann, Roger/ Halbrock, Christian/ Joestel, Frank: Vernichtung von Stasi-Akten – Eine Untersuchung zu den Verlusten 1989/90, Hg. BStU, Berlin, 2020, abrufbar unter: https://www.bstu.de/assets/bstu/de/Publikationen/EV_Aktenvernichtung.pdf (zuletzt abgerufen am 04.04.2020).

Engelmann, Roger/Joestel, Frank: Grundsatzdokumente des MfS (MfS-Handbuch). Hg. BStU, Berlin, 2010, abrufbar unter: <http://www.nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0292-97839421303180> (zuletzt abgerufen am 20.03.2020).

Engelmann, Roger /Süß, Walter: SED, Verhältnis des MfS zur – MfS-Lexikon, Hg. BStU, abrufbar unter: <https://www.bstu.de/mfs-lexikon/detail/sed-verhaeltnis-des-mfs-zur/> (zuletzt abgerufen am 04.03.2020).

Gäbler, Ira /Maercker, Andreas /Schützwohl, Matthias: Langzeitfolgen politischer Inhaftierungen in der DDR – eine Folgestudie zur Dresdner Untersuchung, Univ., Abt. Psychopathologie und Klinische Intervention, Dresden, 2010, abrufbar unter: https://aufarbeitung.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/Stasi-Unterlagen/LStU_PDF/Langzeitfolgen_Broschuere_Druckversion.pdf (zuletzt abgerufen am 05.04.2020).

Garbe, Sophie Madeleine: „Das spielt allen in die Hände, die den Diktaturcharakter der DDR leugnen wollen“, Hg. Spiegel.de, 2019, abrufbar unter: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/ilko-sascha-kowalczuk-zur-moeglichen-aufloesung-der-stasi-unterlagen-behoerde-a-1288652.html> (zuletzt abgerufen am 07.03.2020).

Gieseke, Jens: Mielke, Erich – MfS-Lexikon, Hg. BStU, abrufbar unter: <https://www.bstu.de/mfs-lexikon/detail/mielke-erich/> (zuletzt abgerufen am 04.04.2020).

Trobisch-Lütge, Stefan: Psychofolgen bis heute: „Zersetzungs“-Opfer der DDR-Geheimpolizei, Hg. Bundeszentrale für politische Bildung, 2016 abrufbar unter: (zuletzt abgerufen am 04.04.2020).

Wolle, Stefan: Das Feindbild der Stasi, Hg. Bundeszentrale für politische Bildung, 2016, abrufbar unter: <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/stasi/222243/feindbild> (zuletzt abgerufen am 04.04.2020).